

Wir müssen das, glaube ich, zählen.

(Unruhe im Saal)

Es geht darum, bloß damit die Sache klar ist, ich frage jetzt, wer diese Vorlage Nr. 126 b um die Grundsätze der Neuorganisation der Energiewirtschaft der DDR ergänzen möchte. Wer ist dafür, diese Ergänzung vorzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zahlreiche Abgeordnete kommen in den Saal. - Zurufe: Noch einmal abstimmen!)

Also Entschuldigung, ich stelle die Abstimmungsfrage gleich noch einmal. Wir hatten, falls Sie sich erinnern, selber in die Ausschüsse rausgeschickt. Die müssen wenigstens reinkommen.

Also noch einmal, wer dafür ist, daß die Grundsätze der Neuorganisation der Energiewirtschaft der DDR gemäß Abänderungsantrag aufgenommen werden sollen in die Vorlage, den bitte ich um das Handzeichen.

Dann die nächste Frage: Wer ist dagegen, daß diese Änderungen jetzt aufgenommen werden? - Wer enthält sich der Stimme? - Da brauchen wir nicht zu zählen: wenige Enthaltungen. Da das alles einzeln abgestimmt war, kann ich Ihnen die Abstimmungsergebnisse später mitteilen.

Ich kann schon aufrufen den Tagesordnungspunkt 21:

**Beschlußempfehlung des Innenausschusses  
Gesetz zur sinngemäßen Anwendung  
des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG)  
(Personalvertretungsgesetz)  
(Fortsetzung der 2. Lesung)  
(Drucksache Nr. 140 a).**

Der Tagesordnungspunkt sollte heute auch weiter verhandelt werden. Ich bitte den Vertreter des Ausschusses, es geht um die 3. Lesung, das Votum vorzutragen. Wer trägt das Votum des bearbeitenden Ausschusses vor? - Bitte schön, der Abgeordnete Brinksmeier.

**Brinksmeier, Berichterstatter des Innenausschusses:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um den Zusatzantrag, den die PDS noch eingebracht hat zu Fragen des Kündigungsschutzes; denn ansonsten ist das Votum des Innenausschusses schon vorgetragen worden. Es geht also um die Frage des §79 Abs. 2, wo in der Vorlage vorgeschlagen wird, diesen zu streichen, also zur Geltung kommen zu lassen.

Ich möchte Ihnen berichten, wie wir im Innenausschuß darüber diskutiert haben. Es sieht sonst so aus, als ob wir unverantwortlich das zu schnell gestrichen hätten. Wir sind überzeugt davon gewesen, daß dieses Gesetz, von - ich sag mal - Bürokraten für Bürokraten gemacht, bestimmt ein gutes ist und die Interessen dieser in angemessener Weise bestimmt gut vertritt, daß sie allerdings nicht für eine Situation vorgesehen sind, wo ein Ministerialabbau in Größenordnungen vonstatten gehen wird, also eine Situation, die wir in der DDR vor uns haben werden.

Wir haben uns klargemacht, daß die Streichung des Kündigungsschutzes aus einem allgemeinen Mißtrauen heraus von uns vorgeschlagen wird, das Mißtrauen heißt: Es bestünde die Möglichkeit, daß von - bei Zahlen bin ich vorsichtig - ungefähr 100 000 Mitarbeitern diese bei Gericht Klage erheben und dann der Arbeitgeber verpflichtet ist, die Arbeitsstelle zu erhalten und gleichzeitig Lohn und Gehalt weiter zu zahlen. Wir sind der Meinung, daß dies nicht im Interesse unseres Landes so sein kann.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Lassen Sie mich bitte erst noch zu Ende reden. - Wir haben uns gleichzeitig klargemacht, daß der Schutz für den, der unrechtmäßig gefeuert wird - ich sage es jetzt einmal ein bißchen salopp - durch ein Streichen desselben natürlich nicht mehr gegeben ist. Das war uns bewußt.

Wir haben im Protokoll dieser Sitzung - und das liegt nun jeder Fraktion und dem Präsidium der Volkskammer vor - vermerkt, daß wir denken, die Lösung dieses Problems ist nicht dadurch erreicht, ob der § 79 Abs. 2 - also die Kündigungsschutzverordnung - drin stehen bleibt oder gestrichen wird, sondern wir müssen von der Regierung erwarten und von den einzelnen Ministerien, daß sie für den Strukturabbau ihrer eigenen Bereiche eine Konzeption vorlegen, in der auch verhandelt wird, wie eigentlich mit den Menschen - denn um die geht es ja - umgegangen wird auch in ihrer weiteren Zukunft. Das heißt, wir verweisen darauf, daß unserer Meinung nach nicht durch die Regelung, daß der § 79 Abs. 2 drin bleibt oder nicht, das Problem, was dahintersteht, zu klären ist, sondern daß die Regierung in der Pflicht steht, bei dem, wie ein Ministerialabbau in der DDR zu organisieren sei, diese Probleme mitbedacht und durch andere Ordnungen geklärt werden.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Danke schön. - Eine Frage dazu?

**Dr. Kröger (PDS):**

Darf ich noch einmal fragen: Haben Sie jetzt nach dem Einbringen am Freitag noch einmal im Innenausschuß getagt, oder ist das noch die Stellungnahme, die Sie schon am Freitag abgegeben haben?

**Brinksmeier (SPD):**

Nein; denn Ihr Zusatzantrag ist genau der Antrag gewesen, den uns der Ausschuß für Arbeit und Soziales genau in der gleichen Wortwahl zugeliefert hat, so daß wir ausführlich darüber geredet haben und entschieden haben, daß jetzt durch diesen Zusatzantrag, den wir inhaltlich behandelt haben und über den wir abgestimmt haben . . . Ich habe also nicht meine Meinung oder die meiner Fraktion wiedergegeben, sondern die, zu der sich der Innenausschuß mehrheitlich durchgerungen hat. Die vom Innenausschuß dabei waren, können das bestätigen. Wir haben also inhaltlich die Sache behandelt, aber nicht, nachdem Sie Ihren Antrag nochmal gestellt haben, noch einmal getagt. Wir hielten das für inhaltlichen Unsinn,

(Unmutsäußerungen bei der PDS)

noch einmal über das gleiche zu tagen, was wir schon beschlossen haben. Ihr Antrag war inhaltlich nichts anderes.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Noch eine Frage?

**Dr. Kröger (PDS):**

Ich wollte nur noch eine Feststellung machen. Herr Präsident, ich bitte dann, daß dieser Antrag abgestimmt wird, da keine Beschlußempfehlung neu ist.

**Brinksmeier (SPD):**

Die Beschlußempfehlung des Innenausschusses ist eindeutig: Das Streichen so lassen, wie es im Vorschlag war.

**Dr. Kröger (PDS):**

Wir haben den Antrag eingebracht, deswegen bitte ich um die Abstimmung.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :**

Ja, Sie können diesen Abänderungsantrag in dieser 3. Lesung noch einmal einbringen, dann wird er abgestimmt. Das beantra-